

Titel:

Zur Politikfähigkeit der extremen Rechten im Europäischen Parlament

Autor:

Jan Rettig

Kurzzusammenfassung

Auch im neunten Europäischen Parlament hat sich eine extrem rechte Fraktion gegründet. Größer und selbstbewusster denn je stellt sie Partizipations- und Gestaltungsansprüche. Inwieweit sie fähig ist, diese umzusetzen, ist Gegenstand dieses Beitrags. Dabei zeigt sich ein ambivalentes Bild: Trotz vieler Hindernisse kann sie in einigen Bereichen auch eine deutliche Zunahme ihrer Politikfähigkeit verzeichnen. Dafür sorgen Wahlerfolge ebenso wie eine inhaltlich-strategische Konvergenz, welche exemplarisch an den Positionen zur europäischen Integration gezeigt wird.

Schlagworte

Politikfähigkeit, Extreme Rechte, Identity & Democracy, transnationale Kooperation, europäische Integration

1. Einleitung

„Das Ausmaß der Vernetzung der nationalen Rechtsextremisten, die Frage insbesondere, ob es ihnen gelingt, die nationalen und internationalen Gegensätze zu überwinden und auch als internationaler Akteur wirksam zu werden, kann als ein wichtiger Indikator für die Politikfähigkeit und damit für das Bedrohungspotenzial, das vom Rechtsextremismus ausgeht, angesehen werden.“ (Stöss 2001, S. 5)

Zu Beginn der neunten Legislaturperiode des Europäischen Parlaments (EP) konstituierte sich mit der Identity & Democracy (ID) auch erneut eine extrem rechte Fraktion, die mit wenigen Ab- und einigen Neuzugängen die Fraktion Europe of Nations and Freedom (2015 – 2019) fortsetzt. Mit 73 Abgeordneten stellt sie etwa die Hälfte aller extrem rechten¹ Europaparlamentarier*innen. Ihre neun Mitgliedsparteien bilden einen relevanten Kern dieses

¹ Zum Begriff *extrem rechts* Bobbio 1994; Rettig 2019. Im vorliegenden Beitrag sind damit auch alle sonst weithin als rechtspopulistisch bezeichneten Parteien umfasst, da sie ideologisch und in weiten Teilen auch organisatorisch der extremen Rechten zugehören. Zum Definitionsstreit Mudde 1996.

politischen Spektrums in Europa.² Bei ihrer ersten Ankündigung machte der Lega-Vorsitzende und zu diesem Zeitpunkt noch amtierende Innenminister und stellvertretende Ministerpräsident Italiens, Matteo Salvini, seinen Anspruch deutlich: Man wolle gewinnen, die größte Fraktion werden, man wolle regieren, man trete schließlich nicht an, um zu verlieren (EAPN 2019, Min. 27:00). Und Jörg Meuthen, Ko-Vorsitzender der AfD, unterstrich kurz nach der Europawahl ihren Mitgestaltungswillen: „Unser Ziel ist *nicht*, wie gerne kolportiert wird, die Zerschlagung der EU – um das sehr deutlich zu sagen. Wir wollen und wir werden in diesem Parlament konstruktiv arbeiten“ (ID 2019, Min. 17:39).

Diese Bekundungen laufen außerdem den sich hartnäckig haltenden Einschätzungen zuwider, nach denen die extreme Rechte vor allem Show- und Symbolpolitik treibe (Schulz 2019) und zeigen einen selbstbewussten Willen zur Teilnahme am parlamentarisch-politischen Betrieb. Daher stellen sich die Fragen: Können sie auch? Haben sie die Möglichkeiten? Kurz: Sind sie dazu fähig? Nach einer theoretischen Skizze des Begriffs Politikfähigkeit und der empirischen Betrachtung einiger institutioneller und performativer Aspekte liegt der Fokus dieses Beitrags im Anschluss auf einer Untersuchung von Positionen zur europäischen Integration. Grundlage dafür sind qualitative Inhaltsanalysen der Programme der ID-Parteien zur Europawahl 2019.

2. Politikfähigkeit: Zwischen Wollen, Können und Möglichkeiten

Richard Stöss' akteurszentrierter Blick auf Politikfähigkeit steht bisher relativ unverbunden zu Perspektiven, die eher Resultate in den Mittelpunkt stellen, wie etwa bei der Untersuchung des Impacts entsprechender Parteien (Williams 2006). Im Folgenden werden weitere empirische Ausprägungen extrem rechter Politik einbezogen, um explorativ Kriterien für einen umfassenderen Begriff von Politikfähigkeit auf europäischer Ebene zu formulieren.

Die allgemeinen Ziele politischen Handelns, eigene Positionen sichtbar machen, um Unterstützer*innen werben, Kader/Personal ausbilden und effektiv im Sinne von einflussreich positionieren sowie Handlungsspielräume und Einfluss im gesellschaftlichen Diskurs erweitern (Virchow 2018, S. 33), finden sich weitgehend in den prototypischen parlamentarisch orientierten Parteistrategien wieder (Strøm 1990). Der Begriff der Fähigkeit setzt die ideologischen und programmatischen Diskurspositionen und Ziele (*policies*) in ein notwendiges Verhältnis einerseits zur eigenen Kompetenz und Performance (*politics*),

2 Der ID-Fraktion gehören derzeit an: Rassemblement National_f (RN), Alternative für Deutschland_d (AfD), Vlaams Belang_b (VB), Svoboda a přímá demokracie_cz (SPD), Eesti Konservatiivne Rahvaerakond_ee (EKRE), Dansk Folkeparti_dk (DF), Perussuomalaiset_fi (PS), Freiheitliche Partei Österreichs_a (FPÖ), Lega_i. Einen guten gesamteuropäischen, multiperspektivischen und relativ aktuellen Überblick der extremen Rechten Europas geben Camus & Lebourg 2017; Fielitz & Laloire 2016.

andererseits zu den gegebenen strukturellen Bedingungen (*polity*). Politikfähigkeit nimmt in dem Maße Konturen an, wie sich Ansprüche und Kompetenzen zunehmend auf alle Dimensionen des Politischen diskursiv beziehen und praktisch in ihnen manifestieren können. Sie ist, insbesondere in europäischer Perspektive, umso ausgebauter, je mehr es gelingt, mittels einer fortschreitenden Institutionalisierung transnationaler Arbeitsstrukturen das *policy*-, *vote*- und *office-seeking* im Mehrebenensystem strategisch und hinreichend widerspruchslös zu kombinieren. Als Spezifikum der extremen Rechten kommt hinzu, dass eine gleichberechtigte und angepasste Teilnahme am demokratischen Status Quo nicht ihr Ziel ist. Trotz anderslautender Beteuerungen ist Demokratiefeindschaft eins ihrer konstitutiven Merkmale, welches sie zudem von allen anderen politischen Strömungen besonders (Eatwell 2004, S. 9; Stöss 1989, S. 18f.). Die Politikfähigkeit der extremen Rechten wäre demnach nicht so sehr am Grad ihrer Integration ins Vorgefundene zu messen, sondern eher daran, wie erfolgreich sie etwa im und durch das EP gegen das EP und andere europäische Institutionen als Signifikanten für demokratische Partizipation auf europäischer Ebene arbeitet.

3. Wahlerfolge, Repräsentation, Agenda-Setting – aber keine Ämter

Die für Parteien im europäischen Kontext maßgeblichsten Strukturvorgaben sind a) die seit 1979 in allen Mitgliedstaaten verbindlich direkt durchzuführenden Wahlen zum EP, b) das dafür ebenfalls überall verbindliche Verhältniswahlrecht, c) die Quoren zur Bildung einer EP-Fraktion, d) die allgemeine Anerkennung von Parteien auf europäischer Ebene im Vertrag über die Europäische Union (1992) und der konkrete Ausbau ihrer Rechts- und finanziellen Stellung durch weitere Verordnungen. Gerade die ersten beiden Maßgaben wissen extrem rechte Parteien schon lange in sehr erfolgreiche *vote-seeking*-Strategien zu übersetzen. Die aktuelle Anzahl ihrer europäischen Mandate ist zwar ein historischer Höchststand, der sich aber durch fast ungebrochenes sukzessives Wachstum seit 1979 durchaus ankündigte (Abb. 1).

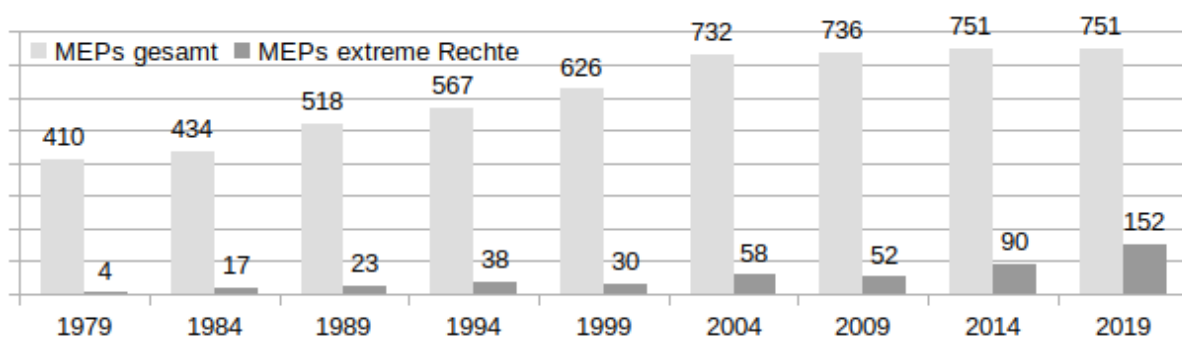


Abbildung 1: Anteil extrem rechter MEPs an der Gesamtzahl MEPs im historischen Verlauf

Quelle: Eigene Darstellung

Auch die Möglichkeiten und Vorteile von zunächst nur Fraktions-, später auch Parteizusammenschlüssen wurden schon in der Vergangenheit ausgiebig genutzt (Rettig 2018). Im Unterschied zur letzten Legislaturperiode konnte die ID-Fraktion sich diesmal zu Beginn und in deutlicher Übererfüllung der Quoren konstituieren und ist entsprechend ihrer Größe auch in allen Ausschüssen und Delegationen³ vertreten. Gerade auch mit Blick auf die Kontinuitäten transnationaler Kooperationen der extremen Rechten lässt sich hier eine zunehmende Handlungsfähigkeit erkennen (Osterhoff 1997; Schiedel 2011; Janssen 2012; Steinart 2015).⁴ Anders hingegen bei der Ausgrenzungspolitik durch den Rest des Parteienspektrums, *Cordon Sanitaire* genannt. Auch im neuen EP wurde er insofern bisher aufrechterhalten, als der übliche Modus, allen Fraktionen gemäß ihrer Größe stellvertretende Parlamentspräsident*innen sowie Ausschussvorsitze zukommen zu lassen, auf alle außer die ID-Fraktion angewandt wurde. Gerade angesichts ihrer Ambitionen auf diese Posten besteht an dieser Stelle also (noch) keine Politikfähigkeit (ID-Monitor 2019a; 2019b).

Andersrum aber zeigt sich durch extrem rechtes Agenda-Setting etwa des Themas Migration schon seit längerem ein zunehmender inhaltlicher Einfluss (Schain 2006; van Spanje 2010), der als gesteigerte Politikfähigkeit gelten kann. Für die *policy*-Dimension als generell bedeutsame Kriterien können die Relevanz, das Spektrum und die Detailliertheit thematischer Felder gelten.⁵ Die wesentliche Frage scheint die nach Kohärenz der programmatischen und ideologischen Diskurspositionen zu sein. Dies umso mehr bei Kooperationspartner*innen, die ausgeprägte Exklusionsvorstellungen, letztlich auch gegeneinander, haben. Daran hängen, in Überschneidung zur *politics*-Dimension, auch die Art der fraktionsinternen Aushandlung dieser Positionen und das parlamentarische Abstimmungsverhalten. Zu Ersterem ist wenig bekannt, bei Letzterem zeigte sich in der Vergangenheit gerade bei der extremen Rechten wenig Kohäsion (VoteWatch.eu 2016), was den Erhalt einer Fraktion im EP aber in jüngerer Zeit offensichtlich nicht mehr per se gefährdet.

4. Diskursive Einigkeit: Für Europa...

Im Themenfeld europäische Integration, hier exemplarisch für die *policy*-Dimension und, freilich nur begrenzt, stellvertretend für andere Themen, herrscht weitgehende Einigkeit.

3 Mit Ausnahme der Delegation Palästina.

4 Dazu gehören vor allem akteurszentrierte Momente, die die interne und erweiterte Organisationsreproduktion ebenso betreffen wie zum Beispiel ihr Verhältnis zu sozialen Bewegungen. Nach Stöss' Ansätzen (2001) steht eine weitere Systematisierung dazu noch aus.

5 Operationalisiert zum Beispiel durch die Fragen, ob, zu welchen Themen und in welcher Form und Frequenz intern oder in bzw. mit der Öffentlichkeit diskutiert bzw. es von dieser wahrgenommen wird.

Abbildung 2 gibt eine Übersicht der Diskurspositionen sämtlicher ID-Parteien zum Thema. Die im Folgenden zitierten Einzelaussagen sind beispielhaft für diese Positionen.

In der vielfältigen Gemengelage zwischen Mythen und Begründungen zu Europa kann sich die extreme Rechte zunehmend auf gemeinsame Konstruktionen einigen. Mit der essentialisierten europäischen Traditionslegung einer „griechisch-römischen Antike, dem Juden- und Christentum, der Aufklärung und den Menschenrechten“ (AfD 2019, S. 51) postuliert sie eine in Nuancen differierende, aber weitgehend geteilte „cultural definition“ (Vasilopoulou 2018, S. 20). Von hier aus wird eine entschiedene Differenzierung zwischen Europa und der Europäischen Union vorgenommen: „Die Form, die die gegenwärtige EU angenommen hat, [...] steht im Widerspruch zu einer gesunden europäischen Idee“ (VB 2019). Bei der Vorstellung der ID-Fraktion folgte Jörg Meuthen: „Ja, wir stehen wie keine andere Fraktion zu diesem Europa, zu unserem Kontinent. Wir wollen also gerade deshalb die *EU* beschränken und reformieren“ (ID 2019, min 19:00). Und der Vorsitzende der PS, Jussi Halla-aho, beklagte und betonte, sie würden „(...) oft anti-europäisch genannt. Wir sind in Wirklichkeit pro-europäisch (...)“ (ebd, min 21:42). Trotzdem steht an erster Stelle sämtlicher Agenden die Stärkung nationaler Souveränität, in europäischer Perspektive also stärkere intergouvernementale Strukturen, allen voran der Europäische Rat.

Zur Frage der Mitgliedschaft in der EU gilt zwar paradigmatisch: „Mitgliedstaaten, die nach dem Willen ihres Volkes der Europäischen Union beigetreten sind, müssen auch das Recht haben, ungehindert auszutreten, wenn sie dies wünschen“ (EKRE 2019). Aus dieser Perspektive wird auch der Brexit von den meisten Parteien gerechtfertigt und befürwortet. Für den jeweils eigenen Staat ist der Austritt aber nur selten noch eine klare Option. Am offensivsten wird dies noch von der AfD formuliert. Ähnlich verhält es sich mit dem gemeinsamen Währungsraum. An dem gibt es zwar auch weit verbreitete, makroökonomisch begründete Zweifel und Ablehnung, konsequent wird ein Austritt aber von niemandem mehr verfolgt.

Politische Dimension		AfD	PS	DF	Lega	FPÖ	RN	EKRE	SPD	VB
Polity	Berufung auf allgemeine, gemeinsame Werte und Traditionen	x			x.	x.	x	x	x	x
	Gegen die Verträge von Maastricht und Lissabon	x		x.	x.	o	x	x	x	x
	Negativ-Chiffren: z.B. Brüssel, Bürokratie, Diktatur, Sklaverei, Eurokratie, Superstaat	x			x	x	x		x	x
	Stärkung nationaler/regionaler Souveränitäten	x	x	x.	x.	x	x	x	x	x
	Auflösung der EU								x	
	Austritt des eigenen Staates aus der EU	x	-		o.	o.	o	-		
	Einführung von Referenden über grundlegende (Integrations-)Fragen	x					x		x	x
	Degradierung bis Abschaffung des EP	x			-		x	o		x
	Undemokratische Institutionen und Verfahrensweisen	x			x.	x	x	x	x	x
	Verkleinerung der EU-Institutionen, -Subventionen und -Finanzen	x	x		x.	x	x		x	x
Politics	Gegen Ausweitung des Mehrheitsprinzips	x	x		x.	x	x	x.		
	Mehr nationale Haushaltssouveränität	o			x.	o				
	Gegen Erhalt bzw. Einführung des Euro	x	x	x.	o.	o.	o		x	
	Gemeinsamen Markt erhalten						o		x	x
	Arbeitskräftefreizügigkeit erhalten	o	o		o.		-		x	o
	Gegen (Massen-)Immigration	x	x	x.	x.	x	x	x	x	x
	Einschränkung bis Abschaffung Asylrecht und Genfer Flüchtlingskonvention	x	x			x	x			x
	Einschränkung bis Abschaffung Schengen allgemein	x	x	x.	x.	o	x		o	x
	Wiedereinführung von Binnengrenzkontrollen	x	x	x.	x.	x	x	x	x	x
	Ablehnung gemeinsamer Migrationspolitik nach innen (zB Quotensystem)	x			-.	x	x	x		x
Policy	Gegen die Islamisierung (Europas)	x			x.	x	x	x	x	x
	Gegen Türkei-Beitritt	x	x	x.		x.	x			x
	Gemeinsame Bekämpfung von Terrorismus und Kriminalität			x.			x		x	x
	Gemeinsame Außenpolitik									x
	Gemeinsame Klima-, Umwelt und Nachhaltigkeitspolitik									x

Abbildung 2: Auswahl aktueller europapolitisch ausgerichteter Diskurspositionen der Mitgliedsparteien der ID-Fraktion (2018/2019)

Anmerkung: x = wird so benannt, - = entgegengesetzt benannt, o = ambivalente Positionierungen, leer = nicht aufgerufen, . = ergänzende/andere Quellen als EP-Programm. Die Clusterung *polity/politics/policy* ist eine grobe Orientierung. Einige Diskurspositionen sind, je nach Perspektive, auch mehreren Dimensionen zuzuordnen.

Quelle: Eigene Darstellung

Selbst die Vision der PS, dass „der Weg nach vorne [...] ein gut kontrollierter Ausstieg aus dem Euro“ (PS 2019) sei, ist nur von der vagen Hoffnung getragen, dass die wiedereinzuführende Finnische Mark als Parallelwährung schon irgendwann den Euro verdrängen werde. Zum Binnenmarkt, der Arbeitnehmer*innenfreizügigkeit sowie in fiskalischer Hinsicht finden sich etliche Uneinigkeiten unter den Parteien bzw. schlicht Auslassungen oder auch innere Widersprüche. Die größte, vorerst aber wieder entschärfte Sprengkraft, dürfte dabei die Lega-Position zur Neuverschuldung des italienischen Staatshaushaltes gehabt haben, da sie durch ihre Regierungsbeteiligung auch real wirkmächtig war.

5. ... und gegen die EU

Auch zum konkreten politischen Projekt EU teilen fast alle Parteien schon länger ähnliche Metaphern und Figuren: die Kollektivsymbolik einer sich formierenden Diskursgemeinschaft (Link 2013, S. 13).¹ In der wertfrei scheinenden Ortsbezeichnung *Brüssel* etwa bündeln sich sämtliche Negativprojektionen auf die durch die hegemonialen Kräfte betriebene europäische Integrationspolitik. Synonym verwendet oder damit verknüpft werden die überbordende *Bürokratie*, das ausgreifende *Monster* und der europäische *Superstaat*. Damit ist, trotz selektiver Ortswahl, die Gesamtheit aller EU-Institutionen angesprochen, die als quasi-staatliche Einheit wahrgenommen wird. Aus der breit geteilten Kritik an deren Einfluss und Umfang erwachsen Forderungen wie die Halbierung der Kommission und des EP (FPÖ 2019), die AfD will Letzteres gar ganz abschaffen (AfD 2019). Zum EP aber hat die Lega eine dezidierte Gegenposition. Sie will vermittels mehr parlamentarischer Befugnisse eine demokratischere Kontrolle der EU-Institutionen erreichen (Lega 2018, S. 10). Allerdings knüpft sie diese Forderung unmittelbar an eine Wahlrechtsänderung, nach welcher die subnationalen Regionen strukturell mehr im EP repräsentiert wären (ebd.). Das Entscheidende an dieser Position ist also weniger das demokratische Moment als vielmehr die Betonung eines ethnisiert oder kulturalisiert identitären Kollektivsubjekts als politischer Elementareinheit. Auch in der sonst breit geteilten Ablehnung eines auf die intergouvernementalen Institutionen und um thematische Felder erweiterten Mehrheitsprinzips bei Entscheidungen ist dieser Gedanke insofern aufgehoben, als dass genau diese Einheiten, ob als Volk, Nation oder Region imaginiert, weiterhin zu ihrem Recht kommen sollen, die zentralen Akteur*innen zu sein.

Ein Feld, in dem volle Übereinstimmung herrscht, ist die Immigration. Die konsequente Ablehnung wird durch vier wesentliche diskursive Verknüpfungen abgesichert: erstens

1 Für die Kritische Diskursanalyse auch Wodak & Meyer 2002.

Schengen und zwar in Reduktion auf die innereuropäische Freizügigkeit und Abwesenheit von Grenzkontrollen; zweitens die Jahreszahl 2015, womit auf die „Migrationswellen der jüngsten Vergangenheit“ (FPÖ 2017, S. 2) referiert und zugleich immer die Wahrnehmung eines zusammengebrochenen europäischen Grenzregimes (mit)geteilt wird; drittens die *Islamisierung* Europas, indem Immigration fast ausschließlich als muslimisch wahrgenommen und widergespiegelt wird; viertens die Themen Terrorismus und innere Sicherheit, die ihrerseits pro-integrative Positionen hinsichtlich gemeinsamer Grenz- und Sicherheitspolitik hervorbringen. Insbesondere der Diskurs der DF beinhaltet diese Verknüpfungen fast vollumfänglich (DF 2018).

Zum aktuellen europäischen Kernbestand extrem rechten Ideologievokabulars² gehören auch die hochaggregierten Symbolwörter *Diktatur/Diktatoren* und *Eurokratie/Eurokraten* mit negativer und *Demokratie* mit positiver Konnotation. Wiederkehrende Argumente sind die Bürgerferne, die fehlende (direkt)demokratische Legitimation, andersrum die enthobene Selbstlegitimation. Daran gekoppelt finden sich häufig *Maastricht* und *Lissabon*, Unterzeichnungsorte zentraler europäischer Vertragswerke, auf die schwerwiegende Entwicklungen projiziert werden. Der Vertrag von Lissabon befördere die „schleichende Diktatur der Europäischen Union“ (SPD 2019), und der „Geist der Eurokraten“ (RN 2019, S. 6) sei für eine EU verantwortlich, die ihre Grenzen und ihren Schutz nach innen wie nach außen der Weltoffenheit opfere. Mit Eurokratie könnte zunächst nur die Herrschaft eines irgendwie Europäischen bezeichnet sein. Stringent als Stigmawort verwendet, trägt der Begriff aber phonetische und morphologische Konnotationen von Autokratie (Selbstherrschaft) und Aristokratie (Adelsherrschaft) in sich, Herrschaftsformen also, die auf unumschränkter Macht einzelner oder weniger, mindestens aber auf einer fehlenden bürgerlichen Gewaltenteilung beruhen. Folgerichtig kritisiert der RN die Tatsache, dass die Kommission über alle drei Gewalten verfüge und die Macht in Händen von „nicht gewählten europäischen Kommissaren [liege], ohne Legitimation und den Völkern völlig unbekannt“ (ebenda: 3). Und der SPD zufolge sind die „Nationalstaaten Sklaven Brüssels“ (SPD 2019), womit sie gleich zwei grundlegende Topoi extrem rechten Denkens evoziert: die Nation (respektive das Volk) als Kollektivsubjekt und dessen Opferrolle gegenüber etwas Drittem.

Im Grunde bleibt also trotz aller abstrakt postulierten Zusammengehörigkeit Europas eine sehr pragmatisch-utilitaristische Perspektive übrig, die sich kurz und bündig als „Wirtschafts- und Interessengemeinschaft souveräner Staaten“ (AfD 2019, S. 11) benennen lässt. Implizit oder

2 Mehr zu Aufbau und Funktion politischer Textsorten und ideologischem Vokabular bei Girnth 2015.

explizit teilen die meisten ID-Mitgliedsparteien diese Sichtweise, wenig Anderes verbirgt sich hinter dem vielbeschworenen *Europa der Nationen, Vaterländer oder Völker*.

6. Fazit: Umfassender Anspruch, zunehmende Kompetenzen, begrenzter Einfluss

Der realpolitische Einfluss der extremen Rechten auf europäischer Ebene fällt zurzeit noch sehr bescheiden aus. Auf die *polity* des politischen Raums Europa haben sie bisher kaum Einfluss.³ Für *politics* im EP zeigt sich vor allem der *Cordon Sanitaire* als beständiges Hindernis. Die hohen nationalen Wahlergebnisse und die entsprechend große Repräsentation ermöglichen immerhin die Teilnahme an allen relevanten Strukturen des EP sowie die strukturellen und finanziellen Vorzüge einer Fraktion. Der Einfluss ihrer *policies* gestaltet sich durchwachsen. Im Immigrationsdiskurs gibt es eine breite, spektrenübergreifende Ähnlichkeit von Positionen, auch Resultat langjährigen extrem rechten Agenda-Settings. Ihre Vorstellungen eines Rückbaus der EU-Institutionen wiederum sind gemessen am gesamten Spektrum marginal. Dies alles findet vor dem Hintergrund einer relativ langen organisatorischen Kontinuität im Sinne einer Akteursbildung statt, zu der vermehrt auch ein explizit europäisch orientierter Mitgestaltungswille hinzutritt. Die Unterscheidung zwischen Europa und der Europäischen Union ist dabei ein wichtiger Bestandteil ihrer diskursiven Praxis. Sie ist notwendig, um diesen Willen glaubhaft gegen die Unterstellungen reiner Blockade- oder auch Showpolitik in Stellung bringen zu können. Das thematische Portfolio der extremen Rechten hat sich in den letzten Jahren insgesamt deutlich erweitert und belegt ebenso ihren Geltungs- und Gestaltungsanspruch. Insbesondere die Parteien der ID-Fraktion haben so mittlerweile eine auch über das Themenfeld europäische Integration hinausreichende Diskursgemeinschaft ausgebildet. Darin zeigen sich zwar einige Widersprüche. Aber die diversen Diskurspositionen, und das ist vielleicht viel entscheidender, bedienen alle Dimensionen des Politischen und machen ihren Anspruch damit umfassend. Obwohl bisher also nur auf Ebene von Positionen manifest, deutet sich ein enormes Potential zur Steigerung ihrer Politikfähigkeit an.

Literatur

3 Zwei Anmerkungen: Erstens wurde der politische Raum Europa insgesamt nur zum geringeren Teil durch das EP gestaltet. Zweitens hat die extreme Rechte mittels nationaler Regierungsbeteiligungen in den letzten Jahren sehr wohl auch an Einfluss auf die *polity* gewonnen (siehe etwa den Staatsumbau in Polen und Ungarn). Beides war aber nicht Gegenstand der Untersuchung.

- AfD (2019). Europawahlprogramm. https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2019/03/AfD_Europawahlprogramm_A5-hoch_web_150319.pdf. Zugegriffen: 30. April 2019.
- Bobbio, N. (1994). *Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung*. Berlin.
- Camus, J.-Y., & Lebourg, N. (2017). *Far-Right Politics in Europe*. Cambridge.
- DF (2018). Vores Danmark. DF har strammet udlændingepolitikken. <https://danskfolkeparti.dk/wp-content/uploads/2017/01/DF-stramninger-flyer-juli-2018-lav.pdf>. Zugegriffen: 10. September 2019.
- EAPN (2019). *Ankündigung der Fraktion European Alliance of People and Nations*. <https://www.facebook.com/salvinioofficial/videos/1057174311149858/>. Zugegriffen: 30. April 2019.
- Eatwell, R. (2004). Introduction. In R. Eatwell & C. Mudde (Hrsg.), *Western democracies and the new extreme right challenge*. London et al.
- EKRE (2019). EKRE Platvorm 2019. Aasta Euroopa Parlamendi Valimisteks. <https://www.ekre.ee/ekre-programm-2019-aasta-euroopa-parlamendi-valimisteks/>. Zugegriffen: 13. Mai 2019.
- Fielitz, M., & Laloire, L. L. (Hrsg.). (2016). *Trouble on the Far Right. Contemporary Right-Wing Strategies and Practices in Europe*. Bielefeld.
- FPÖ (2017). Österreicher verdienen Fairness. Freiheitliches Wahlprogramm zur Nationalratswahl 2017. https://www.fpoe.at/fileadmin/user_upload/Wahlprogramm_8_9_low.pdf. Zugegriffen: 12. April 2018.
- FPÖ (2019). FPÖ zur EP-Wahl 2019. <https://www.fpoe.eu/>. Zugegriffen: 3. Mai 2019.
- Girnth, H. (2015). *Sprache und Sprachverwendung in der Politik. Eine Einführung in die linguistische Analyse öffentlich-politischer Kommunikation*. Berlin/Boston.
- ID. (2019). *Pressekonferenz zur Vorstellung der Fraktion Identity+Democracy*. https://multimedia.europarl.europa.eu/en/press-conference-on-the-creation-of-a-new-political-group-identity-and-democracy_I173765-V_rv. Zugegriffen: 15. Juni 2019.
- ID-Monitor (2019a). No Vicepresidents für Rechtsaußen! <https://id-monitor.blog/2019/07/03/no-vicepresidents-fur-rechtsausen/>. Zugegriffen: 2. August 2019.
- ID-Monitor (2019b). Ausschluss im Ausschuss? <https://id-monitor.blog/2019/07/10/ausschluss-im-ausschuss/>. Zugegriffen: 2. August 2019.
- Janssen, T. (2012). *Was macht die politische Rechte im Europäischen Parlament?* Berlin.
- Lega (2018). *Elezioni Politiche 4 Marzo 2018 - Programma di Governo*.
- Link, J. (2013). Diskurs, Interdiskurs, Kollektivsymbolik. *Zeitschrift für Diskursforschung*, 1, 7–23.

- Mudde, C. (1996). The War of Words Defining the Extreme Right Party Family. *West European Politics*, 19(2), 225–248.
- Osterhoff, A. (1997). Die Euro-Rechte. Zur Bedeutung des Europäischen Parlaments bei der Vernetzung der extremen Rechten. Münster.
- PS (2019). The Finns Party's European Union Policy. https://www.perussuomalaiset.fi/wp-content/uploads/2019/05/EUpolitiikkaENG_2019.pdf. Zugegriffen: 20. Februar 2019.
- Rettig, J. (2018). Sie sortieren sich zurecht. *Der Rechte Rand*, 174, 8–9.
- Rettig, J. (2019). Über Irritationen und Klarheiten im Rechts-Links-Schema. In B. Dunkel, C. Gollasch & K. Padberg (Hrsg.), *Nicht zu fassen. Das Extremismuskonzept und neue rechte Konstellationen* (S. 41–60). Berlin.
- RN (2019). Projet – Élections Européennes 2019. <https://rn-europeennes.fr/wp-content/uploads/2019/04/europeennes-projet.pdf>. Zugegriffen: 13. Mai 2019.
- Schain, M. A. (2006). The extreme-right and immigration policy-making: Measuring direct and indirect effects. *West European Politics*, 29(2), 270–289.
- Schiedel, H. (2011). *Extreme Rechte in Europa*. Wien.
- Schulz, F. (2019, Juni 4). Nach der EU-Wahl: Wie stark ist der Rechtspopulismus jetzt? <https://www.euractiv.de/section/europawahlen/news/nach-der-eu-wahl-wie-stark-ist-der-rechtspopulismus-jetzt/>. Zugegriffen: 5. Juli 2019.
- SPD (2019). V Evropském parlamentu. https://volimespddoop.cz/wp-content/uploads/2019/04/EU_program.pdf. Zugegriffen: 10. Dezember 2019.
- Steinart, S. O. (2015). „Nation Europa“. Eurofaschismus 1945-1970. Lich.
- Stöss, R. (1989). Die extreme Rechte in der Bundesrepublik. Opladen.
- Stöss, R. (2001). Zur Vernetzung der extremen Rechten in Europa. *Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum*, 5. <http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/empsoz/schriften/Arbeitshefte/RexDVPW.pdf>. Zugegriffen: 15. März 2015.
- Strøm, K. (1990). A Behavioral Theory of Competitive Political Parties. *American Journal of Political Science*, 34(2), 565–598.
- van Spanje, J. (2010). Contagious Parties. Anti-Immigration Parties and their Impact on Other Parties' Immigration Stances in Contemporary Western Europe. *Party Politics*, 16(5), 563–586.
- Vasilopoulou, S. (2018). Far Right Parties and Euroscepticism. Patterns of Opposition. London.
- VB (2019). Eerst Onze Mensen – Verkiezingsprogramma 2019. <https://www.vlaamsbelang.org/wp-content/uploads/2019/04/programma2019.pdf>. Zugegriffen: 30. Mai 2019.
- Virchow, F. (2018). Die extreme und populistische Rechte in Deutschland nach 1945. In M. Gomolla, E. Kollender & M. Menk (Hrsg.), *Rassismus und Rechtsextremismus in*

Deutschland. Figurationen und Interventionen in Gesellschaft und staatlichen Institutionen (S. 28-43). Weinheim.

VoteWatch.eu (2016, Juni 17). One year of far-right group in the EP: high participation, low success rate in shaping EU policies. <https://www.votewatch.eu/blog/one-year-of-far-right-group-in-the-ep-high-participation-low-success-rate-in-shaping-eu-policies/>. Zugegriffen: 4. Juli 2018.

Williams, M. H. (2006). *The Impact of Radical Right-Wing Parties in West European Democracies*. New York.

Wodak, R., & Meyer, M. (Hrsg.) (2002). *Methods of critical discourse analysis*. London.

DuEPublico

Duisburg-Essen Publications online

UNIVERSITÄT
DUISBURG
ESSEN

Offen im Denken

ub | universitäts
bibliothek

Dieser Text wird via DuEPublico, dem Dokumenten- und Publikationsserver der Universität Duisburg-Essen, zur Verfügung gestellt. Die hier veröffentlichte Version der E-Publikation kann von einer eventuell ebenfalls veröffentlichten Verlagsversion abweichen.

DOI: 10.1007/978-3-658-29277-5_8

URN: urn:nbn:de:hbz:465-20220707-154928-8

This is a post-peer-review, pre-copyedit version of: Rettig, J. (2020). Zur Politikfähigkeit der extremen Rechten im Europäischen Parlament. In: Kaeding, M., Müller, M., Schmälter, J. (eds) *Die Europawahl 2019*. Springer VS, Wiesbaden, p. 91-102. The final authenticated version is available online at: https://doi.org/10.1007/978-3-658-29277-5_8

Alle Rechte vorbehalten.